

Dienstag – 04.06.2019 – Lokales – Seite 3

Grünen-Anfrage zum Schießstand

Worpswede. Die Auseinandersetzungen um den Schießstand in Waakhausen haben inzwischen eine landespolitische Dimension erreicht. Wie berichtet hat das niedersächsische Umweltministerium für diese Woche einen Ortstermin anberaumt. Am Mittwoch, 5. Juni, wollen sich Mitarbeiter aus Hannover mit Vertretern des Landkreises Osterholz vor Ort ein Bild von der Anlage und den von ihr ausgehenden Umweltbelastungen machen. An diesem Dienstag ist der Schießstand außerdem Thema im Osterholzer Kreisausschuss für Abfallwirtschaft.

Zuvor hat es bereits eine kleine Anfrage der Abgeordneten Eva Viehoff (Bündnis 90/Die Grünen) im Landtag in Hannover gegeben. Sie wollte vom Umweltministerium wissen, wie es die Situation einschätzt. Die Antwort verweist auf die bereits bekannte Pflicht des Betreibers, Umweltbelastungen zu vermeiden und für eine fachgerechte Entsorgung der bleihaltigen Munitionsrückstände zu sorgen. Allerdings kommt das Ministerium zu einer anderen Einschätzung als der Landkreis in Bezug auf den Landwehrgraben, der das Gelände entwässert. Während Osterholz bislang die Notwendigkeit einer wasserrechtlichen Erlaubnis für den Betrieb stets verneinte, sieht Hannover diese als „grundsätzlich erforderlich“ an, wenn ein Gewässer benutzt werde. **Das Ministerium schreibt: „Aktuell liegen (...) neuere Erkenntnisse über die Auswirkungen des Betriebs der Schießanlage, das heißt die Abschwemmung von Munitionsrückständen und damit einhergehende potentielle Beeinträchtigungen der in dem Bereich befindlichen oberirdischen Gewässer, vor. Sollte der Betrieb der Schießanlage Waakhausen fortgesetzt werden, wird der Landkreis Osterholz daher die Frage der Erlaubnisbedürftigkeit unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse erneut prüfen.“**

Sollte auch der Kreis zu dem Schluss kommen, dass eine solche Erlaubnis zu erteilen ist, könnte diese zu erheblich strengeren Grenzwerten und Auflagen in Waakhausen führen.